

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946

56 (18.7.1946)

July 1946
Heidelberg
Karlsruhe
Städte hatten
Schüler
am ersten
119
den Sieg
wurde auch
222 Punkte
id Mannheim
die eine ge
Krieger
merien, wohl
Schach
enden bringen

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Verlag: Badendruck GmbH, Karlsruhe a. Rh., Lamstraße 18-5, Tel. 4051/53. Erscheinungsweise: 3mal wöchentlich, 12 Ausgaben für Florheim (Ebersteinstr. 19) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)
1. Jahrgang
Karlsruhe, Donnerstag, 18. Juli 1946
Nummer 56
Einzelverkaufspreis 20 Pf. Monats-Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,40 zuzüglich RM 0,36 Zustellgebühr. Anzeigenpr.: Die 10gesp. Nonp.-Zelle RM 2,- in Bezirksausg. RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

Byrnes über die Pariser Konferenz

Der USA-Außenminister zum Potsdamer Abkommen — Die Ansichten der vier Großmächte — Erbitterte Diskussion über Triest — Jugoslawien gegen Entscheidung

Washington, 17. Juli. (DANA) Der amerikanische Außenminister James F. Byrnes erklärte am Montag in einer Rundfunkrede über die Außenministerkonferenz, daß es in Paris gelungen sei, die zehn Monate währenden Bemühungen der Großmächte über die Einberufung der allgemeinen Friedenskonferenz erfolgreich abzuschließen. „Die Aussichten auf Fortsetzung der Friedensverträge mit Italien, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Finnland sind sehr günstig“, sagte er u. a.: „Wir sind auf dem rechten Weg zurück zum Frieden.“

Amerika und die deutsche Frage
Zur deutschen Frage sagte Byrnes im einzelnen folgendes: „Ich habe es klar herausgestellt, daß der von den Ver. Staaten vorgeschlagene Plan zur Sicherstellung der deutschen Entmilitarisierung ein Teil der Lösung des gesamtdeutschen Problems bildet. Ich habe damals auch wiederholt auf der jüngsten Sitzungsperiode die Ernennung von Sonderdelegierten vorgeschlagen, die sofort mit dem Studium der deutschen Frage beauftragt werden sollten. Großbritannien und Frankreich haben diesen Vorschlag angenommen, während er von der Sowjetunion zurückgewiesen wurde.“
Die sowjetischen Vertreter brachten andererseits den Antrag ein, eine besondere Konferenz des Außenministers zur Überprüfung des deutschen Problems einzuberufen. Ich habe mich damit einverstanden erklärt und auf einer Festsetzung des Öffnungstermins der Verhandlungen.

Die sowjetischen Vertreter brachten andererseits den Antrag ein, eine besondere Konferenz des Außenministers zur Überprüfung des deutschen Problems einzuberufen. Ich habe mich damit einverstanden erklärt und auf einer Festsetzung des Öffnungstermins der Verhandlungen.

Zusammenarbeit mit anderen Zonen
Die Vertreter der amerikanischen Militärregierung in Deutschland werden nunmehr in dieser Woche Anweisung erhalten, mit jeder der übrigen Besatzungsmächte oder mit allen dreien zusammen in wesentlichen Verwaltungsbereichen, wie Finanzen und Transport, Nachrichtenverbindung, Handel und Industrie zusammenzuarbeiten. Sie werden entweder die wirtschaftliche Zusammenarbeit der einzelnen Zonen sicherstellen oder die Verantwortung für die Verletzung des Potsdamer Abkommens der Macht zuschieben müssen, die diese Zusammenarbeit ablehnt.

Das Triester Problem
Die erbitterte Diskussion habe sich über die Frage des Vertrages mit Italien sowie das Problem Triest und seiner angrenzenden Gebiete ergeben. Er erinnerte daran, daß die amerikanische Delegation anfangs mit Unterstützung der britischen und französischen Vertreter für die Belassung von Triest und seines unmittelbar angrenzenden Gebietes bei Italien eingetreten sei. Das vorwiegend von Slowenen bewohnte Hinterland sollte Jugoslawien zugesprochen werden. Die sowjetischen Vertreter hätten dagegen eingewandt, daß man dieses Hinterland nicht von Triest abtrennen könne. Die Halbinsel von Istrien sollte nach sowjetischer Ansicht vielmehr als Ganzes betrachtet werden. Jugoslawien habe den ganzen Krieg hindurch auf alliierter Seite gekämpft und unter den Angriffen Italiens gelitten.

Sowjetische Reparationsforderungen
Byrnes erklärte, er habe nur zögernd in die sowjetischen Reparationsforderungen an Italien in Höhe von 100 Millionen Dollar eingewilligt. Die Sowjets bestanden auf ihrem Anspruch auf mindestens 100 Millionen Dollar als Entschädigung für die von italienischen Truppen in der Sowjetunion anrichteten Zerstörungen. Wir willigten schließlich in den sowjetischen Anspruch ein unter dem Vorbehalt, daß die Reparationen aus der laufenden italienischen Produktion entnommen und die italienische Wirtschaft dadurch keine Schäden oder Rückschläge erleiden würde.

Um den Vertrag mit Oesterreich
Auf die österreichische Frage übergehend, nahm Byrnes zu dem von der Sowjetunion erhobenen Einwand Stellung, wonach keine Schritte zur Festsetzung eines Friedensvertrages unternommen werden sollten, bevor das Problem der politischen Säuberung und die Frage der verschleppten Personen geregelt sei. Er sagte: „Wir erkennen die Schwierigkeiten an, die sich aus beiden Problemen ergeben und haben uns damit auseinandergesetzt. Es wäre jedoch eine Tragödie, den Friedensvertrag mit Oesterreich aufzuschieben, nur weil das Land zugewonnen ist, den verschleppten Personen Heimatrecht zu gewähren, bis sie in anderen Ländern angesiedelt werden können.“

Die beste Arbeit der Konferenz
Die beste Arbeit habe die Außenministerkonferenz durch die Feststellung der Friedensvertragszone mit Italien, den Balkanstaaten und Finnland geleistet. „Die Aussichten auf den Abschluß der regulären Friedensverträge mit den fünf Ländern“, fügte er hinzu, „sind sehr günstig. Wir sind hier auf dem rechten Weg zurück zum Frieden.“
Weiter führte er aus, es sei in zehn Monaten währenden Bemühungen gelungen, die Ansichten

Da sich die gegenseitlichen Auffassungen nicht einander angleichen ließen, hätten die amerikanischen Vertreter schließlich vorgeschlagen, den gesamten Fragenkomplex des Gebietes von Venetia-Giulia der Friedensvollkonferenz zur weiteren Behandlung vorzulegen. In diesem Plan hätten wiederum die Sowjetvertreter nicht eingewilligt.
Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten wurde von französischer Seite vorgeschlagen, Triest und das angrenzende Gebiet von Italien abzutrennen, jedoch nicht Jugoslawien anzuzuliefern. Sicherheit und Integrität dieser Zone sollte international garantiert werden. Nach ähnlicher Überbrückung führte der amerikanische Außenminister aus, habe sich dieser Plan als der wirksamste und annehmbarste herausgestellt.

Italien stimmt an Beratungen teil
Rom, 17. Juli. (DANA) Der Rat der Außenminister der vier Großmächte hat die italienische Regierung eingeladen, eine Delegation zur Teilnahme an den Beratungen über die zukünftige Verfassung der internationalen Zone Triests zu entsenden. Eine italienische Abordnung, der auch Vertreter aus der Provinz Venetia-Giulia angehören, hat sich am Dienstag nach Paris begeben.

Die besten Ergebnisse der Konferenz
Die besten Ergebnisse der Konferenz seien die Festsetzung der Friedensvertragszone mit Italien, den Balkanstaaten und Finnland. Die Aussichten auf den Abschluß der regulären Friedensverträge mit den fünf Ländern seien sehr günstig. Wir sind hier auf dem rechten Weg zurück zum Frieden.

Die besten Ergebnisse der Konferenz
Die besten Ergebnisse der Konferenz seien die Festsetzung der Friedensvertragszone mit Italien, den Balkanstaaten und Finnland. Die Aussichten auf den Abschluß der regulären Friedensverträge mit den fünf Ländern seien sehr günstig. Wir sind hier auf dem rechten Weg zurück zum Frieden.

Die besten Ergebnisse der Konferenz
Die besten Ergebnisse der Konferenz seien die Festsetzung der Friedensvertragszone mit Italien, den Balkanstaaten und Finnland. Die Aussichten auf den Abschluß der regulären Friedensverträge mit den fünf Ländern seien sehr günstig. Wir sind hier auf dem rechten Weg zurück zum Frieden.

Die besten Ergebnisse der Konferenz
Die besten Ergebnisse der Konferenz seien die Festsetzung der Friedensvertragszone mit Italien, den Balkanstaaten und Finnland. Die Aussichten auf den Abschluß der regulären Friedensverträge mit den fünf Ländern seien sehr günstig. Wir sind hier auf dem rechten Weg zurück zum Frieden.

Aus aller Welt

Washington, Der französische Sonderbeauftragte Francis Lacoate und der Präsident der Export-Importbank der Ver. Staaten, William Martin, unterzeichneten ein Abkommen, das einen Kredit in Höhe von 650 Millionen Dollar für den franz. Wiederaufbau vorsieht.

Mexiko-Stadt, Der südamerikanische Gewerkschaftsbund gab am Freitag bekannt, daß zum Protest gegen das Franco-Regime die Arbeiter vom 18. Juli ab spanische Schiffsendungen weder laden noch löschen werden. (AP)

Philadelphia, Bei eingehenden Untersuchungen der Delphi-Oelfelder der „Sun-Oil Company“ im Richmond-Park hat sich ergeben, daß der neue Fundort der größte seit Entdeckung der Oelfelder in Osttexas (im Jahre 1930) ist. (AP)

Rom, Radio Rom gab die Bildung des neuen italienischen Kabinetts bekannt. Die Christlich-Demokraten werden darin sieben, die Sozialisten vier, die Kommunisten vier und die Republikaner zwei Ministerposten einnehmen. Ein Ministerium wird von einem Bauernbund-Vereiner übernommen. De Gasperi führt weiterhin den Vorsitz des Kabinetts als Ministerpräsident.

Prag, 12 000 Deutsche werden jetzt täglich aus der Tschechoslowakei ausgewiesen. 80 Sammelstellen wurden an verschiedenen Stellen in der Tschechoslowakei eingerichtet.

Wien, Präsident Trumans persönlicher Beauftragter für Reparationsfragen, Edwin Paulley, ist mit dem Flugzeug in Wien eingetroffen, um Besprechungen über Reparationsleistungen mit dem Oberbefehlshaber der amerik. Besatzungstruppen in Oesterreich, General Mark Clark, aufzunehmen.

Letzte Neuigkeiten

England entläßt im Juli 2000 Kriegsgefangene

London, 18. Juli. (DANA) Im Monat Juli werden wiederum 2000 deutsche Kriegsgefangene aus England in ihre Heimat zurückkehren, teilte der Finanzsekretär im britischen Kriegsministerium, Bellenger, im Unterhaus mit. Bellenger erklärte, daß regelmäßig Transporte deutscher Kriegsgefangener nach Deutschland abgehen und daß diejenigen, die Gegner des Nationalsozialismus waren, dabei den Vorrang haben. Kriegsminister Lawson gab auf eine Anfrage im Unterhaus bekannt, daß sich zur Zeit noch etwa 400 000 deutsche Kriegsgefangene in den Ländern des britischen Commonwealth befinden. In Nordwesteuropa, in Italien und im Nahen Osten sind noch etwa 118 000 Deutsche in Kriegsgefangenschaft.

Washington, 18. Juli. (DANA) Mit den Getreidelieferungen, die im Anzenblick von den Ver. Staaten in die Notgebiete unterwegs sind, ist auch eine Mitteilung des amerikanischen Landwirtschaftsministeriums die Getreideexportquote der Vereinigten Staaten für das erste Halbjahr 1946 erfüllt.

Moskau, 18. Juli. (DANA) In der Sowjetunion wurden nach einer Meldung der Zeitung „Der Bolschewik“ bis zum 10. Juli 17 500 000 Morgen Getreide abgeerntet. Das ist ein Mehrfach der vorjährigen Getreideernte.

Von zehn Laib deutschen Brotes sechs aus amerikanischem Weizen

Pressekonferenz beim Militärbefehlshaber von Württemberg-Baden

Stuttgart, 17. Juli. (DANA) Von je zehn Laib Brot, die in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands verzehrt werden, sind immer sechs aus amerikanischem Weizen hergestellt, erklärte der Militärbefehlshaber für Württemberg-Baden, Oberst William Dawson, auf einer Pressekonferenz vor amerikanischen und deutschen Pressevertretern.

Der Militärregierung überprüfe die Möglichkeiten der heimischen Produktion und stelle ihnen die Vereinigten Staaten durch die Art der Einfuhr zu bestimmen, denn sie sei nicht in stande, von heute auf morgen einen aufstrebenden Bedarf zu decken.

Die Vereinigten Staaten verfolgen, wie Oberst Dawson betonte, das Ziel, Deutschland so ausreichend durch Hilfeleistungen zu unterstützen, wie es sich mit den hierfür verfügbaren Mengen an Lebensmitteln möglich machen läßt. Im vergangenen Herbst habe man geglaubt, man werde die Rationen auf dem Stand von 1550 Kalorien halten können. Die in der ganzen Welt herrschende Not habe dann jedoch weitere Hilfeleistungen aus den Vorräten der Ver. Staaten erfordert, so daß die Zuteilungen in der amerikanischen Zone hätten herabgesetzt werden müssen.

Oberst Dawson hob dann die Tätigkeit der Ernährungs-Untersuchungskommissionen hervor, die allein im Juni 7087 Personen in den Städten Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim und Edlingen auf ihre Gesundheitszustände untersucht hätten. Darüber hinaus seien 45 417 Menschen auf der Straße und 108 000 Schulkinder gezogen worden und schließlich hätten die Kommissionen auch zwei Zivilhospitäler und das Karlsruher Stadtfrenniss besucht.

Die Vereinigten Staaten verfolgen, wie Oberst Dawson betonte, das Ziel, Deutschland so ausreichend durch Hilfeleistungen zu unterstützen, wie es sich mit den hierfür verfügbaren Mengen an Lebensmitteln möglich machen läßt. Im vergangenen Herbst habe man geglaubt, man werde die Rationen auf dem Stand von 1550 Kalorien halten können. Die in der ganzen Welt herrschende Not habe dann jedoch weitere Hilfeleistungen aus den Vorräten der Ver. Staaten erfordert, so daß die Zuteilungen in der amerikanischen Zone hätten herabgesetzt werden müssen.

Oberst Dawson hob dann die Tätigkeit der Ernährungs-Untersuchungskommissionen hervor, die allein im Juni 7087 Personen in den Städten Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim und Edlingen auf ihre Gesundheitszustände untersucht hätten. Darüber hinaus seien 45 417 Menschen auf der Straße und 108 000 Schulkinder gezogen worden und schließlich hätten die Kommissionen auch zwei Zivilhospitäler und das Karlsruher Stadtfrenniss besucht.

Schacht auf „dunklen Pfaden“

Hitler, ein „politischer Rattenfänger“ — Funks Verteidiger plädiert „Freispruch“

Nürnberg, 17. Juli. (DANA) Am Ende seines Plädoyers für den Angeklagten Walter Funk beehrte Schacht, der bis zum Jahre 1938 als Reichswirtschaftsminister und Präsident der Reichsbank Hitlers Aufrüstung finanzierte und mit seinem in der Welt bekannten Namen als Wirtschaftsfachmann die Pläne der Nazis deckte, distanziert sich heute mit aller Entschiedenheit von seinen Mitangeklagten, indem er sich darauf berief, daß er seit dem Sommer 1944 auf Befehl Hitlers in einem Konzentrationslager gefangen gehalten wurde. Dr. Dix bezeichnete diese Tatsache als „einszigartig“.

Der ehemalige Feldmarschall von Rundstedt im Kreuzverhör (DANA-Bild)

Der ehemalige Feldmarschall von Rundstedt im Kreuzverhör (DANA-Bild)

Preissteigerung in den USA

Preissteigerung in den USA

Washington, 17. Juli. (AP) Der Gesetzentwurf des Senats zur Wiedereinführung der Preiskontrolle durch das Preisüberwachungsamt wurde am Dienstag vom Repräsentantenhaus mit 211 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

Der Gesetzentwurf geht nun an den gemeinsamen Ausschuss des Repräsentantenhauses und des Senats, der sich nochmals bemühen wird, eine Kompromißlösung für die Preiskontrollvorschriften zu finden, die von Präsident Truman unterzeichnet werden kann.

Washington, 17. Juli. (DANA) „Die Preissteigerungen in unserem Land werden den amerik. Außenhandel ernstlich gefährden“, erklärte der amerikanische Handelsminister Henry Wallace im amerikanischen Rundfunk.

Sollten die Preise der amerik. Erzeugnisse weiter steigen, dann werde im Ausland die Nachfrage nach diesen Waren nachlassen, sobald die allgemeine Knappheit in der Welt vorüber sei. Eine Inflation in den Ver. Staaten würde außerdem den Wert der amerik. Kredite herabsetzen, die Kaufkraft der UNRRA vermindern und Gebiete wie China mit einer Hungersnot bedrohen.

Im gleichen Sinne sprach sich der Staatssekretär für Wirtschaftsangelegenheiten im Außenministerium, William L. Clayton, aus und wies darauf hin, daß ein ausgedehnter Außenhandel am ehesten zur Stabilisierung der Finanzverhältnisse beitragen werde.

675 000 Flaschen Wein für deutsche Zivilisten

Berlin, 17. Juli. (DANA) Wie gemeldet wird, hat die amerik. Militärregierung 675 000 Flaschen Wein für den deutschen Zivilbedarf in der US-Zone freigegeben. Die Hälfte alles verfügbaren Weines und Liköre in der US-Zone ist für die Besatzungstruppen beschlagnahmt worden.

„Dann war Auschwitz ein Paradies“

Unglaubliche nazistisch-militaristische Umtriebe an der Erlanger Universität — Säuberung steht noch immer aus

Erlangen, 17. Juli. (DANA-Sonderdienst). Die nazistisch-militaristische Aktivität von Studenten der Erlanger Universität treibt heute wieder neue Blüten. Nichts ist bisher von Seiten der Leitung der Universität zur Unterbindung und Bestrafung dieser Auswüchse geschehen. Dies wird als eine Schwäche der demokratischen Umschulung und als die Stärke der Studentenkreise angesehen, lie ihre Nazipropaganda weiter fortführen.

Bereits am 2. April dieses Jahres, hat die Gruppe der rassistisch und politisch geschädigten Studenten dem Rektor der Universität Erlangen folgende Verfälle gemeldet: Vor Beginn der Vorlesung, allgemeine Staatslehre, am 28. März durch Professor Hellfritz erklärte eine Gruppe Studenten: „Wir wollen jetzt beim Nürnberger Prozeß richtig aufpassen, damit wir später wissen, wie wir die Amerikaner und Russen verurteilen müssen. Als Prof. Hellfritz in einer Vorlesung erwähnte, daß Aristoteles der Demokratie eine entartete Bedeutung beimesse, erfolgte heftiges Beifallsstürmpfen der Mehrheit der Studenten. In einem Gespräch äußerte der Theologiestudent Martin Schmidt, der im letzten Krieg Major war, es sei zweckmäßig, die Vereinigung der Offiziere zu schaffen, um jeden Angriff auf Offiziere mit Wort und Tat zurückzuweisen.“

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben. Der Student Karl Theodor Schwarz von der philosophischen Fakultät, ein ehemaliger Oberleutnant und politischer Ausbildungsleiter beim Volksturm, äußerte sich des öfteren: „Wenn ich auch jetzt mein Maul halten muß, einmal werde ich diese Kerle wieder an die Kandare nehmen können. Dann war Auschwitz ein Paradies.“

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben.

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben.

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben.

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben.

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben.

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben.

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben.

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben.

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben.

In der Medizinischen Fakultät kam es bei der Vorführung eines Lehrfilms mit dem Titel: „Deutsche Universität Prag“ zu großem Beifall über diese Beteiligung. An der gleichen Fakultät begrüßten die Studenten des ersten Semesters ihre jüdische Kollegin Edith von Hübschmann wiederholt mit Mißfallen und Geben.

Arbeiterschaft und Ernährungslage

Von Wilhelm Baur

Seien wir uns klar darüber: Wir sind im Ablauf der Nachwirkungen der Hitler'schen Zerstörungs- und Lebensmittelpolitik an einem kritischen Punkt angelangt. Die Versorgungslage unseres Volkes hat trotz der amerikanischen Lieferung von hunderten Tausenden Tonnen von Lebensmitteln eine Minderung der Brotration und damit eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für alle Verbrauchergruppen mit sich gebracht. Wir sagen trotz der amerikanischen Lebensmittellieferungen, denn eine unbestechliche Statistik stellt fest, und das kann gerade den ewig Mißtrauischen gegenüber nicht oft genug betont werden, daß die amerikanische Regierung 166 290 Tonnen, das sind beinahe 60 Prozent des gesamten in Württemberg-Baden verbrauchten Brotgetreides, unserer badisch-württembergischen Bevölkerung zur Verfügung gestellt hat, wobei wir beim Rückblick auf die Hitler-Methoden in fremden Ländern allen Grund haben nicht zu ränzen, sondern schamhaft das Haupt zu verhüllen.

Trotzdem reicht das Getreide nicht aus, um eine zureichende Brotration sicherzustellen, da eben nur einmal durch die im Osten exzotische Zonenregion das süddeutsche Gebiet von den agrarischen Überschüssen abgedeckt ist. Es ergibt sich also die Frage, ob die Ernährung heute noch so ist, daß die körperlich Tätigen, in die Schaffenden überhaupt, die notwendige Leistung für den Aufbau unserer bis in die Grundfundamente zerstörten Wirtschaft aufbringen können.

Dabei ist man sich auf allen Seiten darüber einig, daß nur durch intensiven Arbeitseinsatz, eine möglichst große Mehrarbeit und die Weckung einer neuen Arbeitseinstimmung, die eine radikale gesellschaftliche Neubewertung der körperlichen Arbeit zum Allgemeinwert unseres Volkes werden lassen muß, eine grundsätzliche Besserung der wirtschaftlichen Lage überhaupt herbeiführt werden können. Der Wille zur Arbeit war wohl bei vielen geschwächt oder auch gar nicht vorhanden, einmal aus Abneigung gegen einen nicht zureichenden Beruf und durch die Tatsache, daß der Arbeitsdienst über die kontingierten Waren hinaus nicht in Bedarfsgüter umgesetzt werden kann. Die Mehrheit aber ist trotz allem, was auch in der Vergangenheit an Leid über den Einzelnen gekommen sein möge, bereit, sich der Aufgabe, schaffendes und nützendes Glied in unserer Gemeinschaft zu sein oder mindestens zu werden aus dem Gefühl heraus, nach den Jahren unproduktiver Verdrückung der Arbeitskraft nun endlich Sinnvolles und Dauerndes zu schaffen.

Das uns heute auf Außerste bedrückende Problem liegt also nicht so sehr auf der Ebene der inneren Bereitschaft, wie beim materiellen Faktor der Ernährung, also bei der Frage, ob für den körperlich Tätigen die Möglichkeit besteht, den für die geforderte Leistung aufzuwenden Kraftverbrauch durch die entsprechenden Nahrungsmittelmengen wieder ersetzt zu bekommen. Diese Frage muß unter den jetzigen Verhältnissen mit Nein beantwortet werden. Die augenblickliche Ernährung ist auf alle Fälle kaum zureichend. Wohl kann der menschliche Körper im Gegensatz zur Maschine eine gewisse Zeit hindurch mit seinen Reserven einen Ausgleich für die ihm abverlangte Leistung leisten, aber diese körperlichen Reserven, die in der Hitlerzeit schon durch die rückstandslose Überbeanspruchung der menschlichen Arbeitskraft sich dem Ende zuneigten, sind nun verbraucht. Man sieht es den abgemagerten und abgemagerten Gestalten der Menschen auf der Straße an, es gibt aber auch objektive Anzeichen dafür. Die Erkrankungsstatistiken in Nordbaden, wo die Krankenzahlen nun durchschnittlich einen Krankenstand von 84 Prozent anstelle eines normalen von 2 bis 3 v. H. zeigen, reden für alle eine deutliche und erschütternde Sprache.

Die in allen Teilen unserer Bevölkerung feststehende Minderernährung, die Bauernschaft und einige andere Sparten ausgenommen, wirkt sich allgemein wirtschaftlich gesehen besonders nachteilig aus. Dies gilt für alle Arbeiterkategorien, auch für jene, die eine Ernährungszulage bekommen, die ihnen ja nur deshalb gewährt ist, damit sie ihre besonders wertvolle Arbeitsleistung auch durchhalten können. Denn mit der Verminderung bei den Normalverbraucherarten sind auch die Menschen, die auf die Ernährungszulagen gewährt wurden, ebenfalls gekürzt worden, während die Sonderzuweisungen an die Werkstätten eine ständige Verminderung erfahren. Die Minderernährung ist demnach bei allen Arbeiterschichten mit Ausnahme vielleicht bei denen, die einen starken Rückhalt auf dem Lande haben, fortschreitend von einer der wertvollsten Aktivitäten zum Aufbau der Leistungskraft unserer Arbeiter, in einem gefährlichen Umfang ausgeübt mit der verhängnisvollen Folge einer wesentlichen reduzierten Arbeitsleistung. Selbst im Leistungslohn sind Verminderungen um 50 Prozent keine Seltenheit. In einem Einzelfall berichtet eine Firma, daß ihre Holzfäller, die noch im letzten Jahr zwei Ster pro Mann fällten, zur Zeit im gleichen Zeitraum nur noch auf drei Viertel Ster pro Mann kommen. Hier handelt es sich tatsächlich um das Absinken der menschlichen Leistungsfähigkeit aus rein physischen Gründen trotz des auf jedem liegenden Zwanges, einen für den Familienunterhalt ausreichenden Lohn am Ende der Arbeitswoche zu erhalten. Die arbeitende Bevölkerung hat ihre Ersparnisse zum großen Teil aufgebraucht, verfügt nicht über einen Kaufvermögen, der auf dem schwarzen Markt in Erscheinung tritt und das mühsam aufrecht erhaltene Preisgebilde torpediert.

Eine weitere Folge wird eine Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden sein, die naturgemäß eine entsprechende Lohnherabsetzung herbeiführen wird, da die Betriebe einen entsprechenden Lohnausgleich für die reduzierte Wochenarbeitszeit unter diesen Leistungsbedingungen kaum auf die Dauer und in allen Fällen gewähren können. Kann es unser Wirtschaftsleben ertragen, wenn die Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit auch nur um einen Bruchteil absinken? So viele Fragen, so viele Gefahrenmomente für unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung in einem Augenblick, wo die politischen Voraussetzungen geschaffen werden sollen, unser schwach pulsierendes Wirtschaftsleben zur Volkswirtschaft wieder emporzuwecken.

Wenn wir vor allen Dingen vom Arbeiter sprechen, so nicht deshalb, weil wir die Not der anderen Berufe, insbesondere der entzungsvollen Tätigkeit unserer Hausfrauen, nicht würdigen wollten, sondern deshalb, weil alle Anspannungen rein theoretisch bleiben müssen, wenn der Arbeiter, Schlüssel und Hauptfaktor unserer aufbauenden Wirtschaft, aus Mangel an zureichender Ernährung in seiner physischen Kraft trotz allen guten Willens erlahmen müßte. Es entspricht also durchaus der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Gerechtigkeit, wenn wir gerade ihnen eine besondere Verpflegung zubilligen, damit sie in ihrer Arbeitszeit die für alle notwendige Leistung im Interesse der Gesamtheit vollbringen können.

Im Rahmen der für die Gesamtbevölkerung anzunehmenden Besserung der Brotversorgung wird das Hauptaugenmerk auf eine Verbreiterung der Basis der Vollzuckererzeugung, auf eine wesentliche Erhöhung ihrer Kalorienmenge und stärkere

Schuld und Sühne

Mihailowitsch hingerichtet

Belgrad, 17. Juli (AP). Die Todesurteile gegen General Drag Mihailowitsch und weitere acht Angeklagte wurden am Mittwochmorgen durch Erschießen vollstreckt.

Zehn weitere Todesurteile

Belgrad, 17. Juli (DANA). Nach dem Urteilsspruch gegen den Hauptangeklagten des Belgrader Prozesses, Drag Mihailowitsch, wurden zehn weitere Angeklagte zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Bei den Verurteilten handelt es sich um Rade-Radić, Kommandeur einer Teilschwadron, Milos Clich, Teilschwadronenführer, Okaj, Pawlowitsch, ehem. Polizeichef von Zagreb (Agram), Dragar Jowanowitsch, Chef der Belgrader Polizei z. Z. der deutschen Besetzung, Tanasis Dimitis, Innenminister in der deutschfreundlichen Neditsch-Regierung, Velibor Jonitsch, Erziehungsminister der Neditsch-Regierung, Peter Zukowitsch, ehem. jugoslawischer General und Belgrader Anwalt, Djuro Dokitsch, Handelsminister, Kosta Muskit, ehem. Teilschwadronenführer. Die übrigen Angeklagten erhielten Freiheitsstrafen von 20 Jahren Zwangsarbeit bis zu 18 Monaten Gefängnis.

Das Urteil im Malmey-Prozess

Dachau, 17. Juli (DANA). Nach vierstündiger Beratung sprach das amerik. Militärgericht in Dachau folgendes Urteil über die 37 im Malmey-Prozess angeklagten Angehörigen der ehemaligen Leibstandarte Adolf Hitler: Zum Tode durch Erhängen wurden 43 Angehörige der Kampfgruppe Peiper einschließlich ihres Regimentskommandeurs Joachim Peiper verurteilt. Auf lebenslängliche Freiheitsstrafe erkannte das Gericht bei Sepp Dietrich als dem Befehlshaber der sechsten Panzerarmee und 20 weiteren Angeklagten.

Dabei ist man sich auf allen Seiten darüber einig, daß nur durch intensiven Arbeitseinsatz, eine möglichst große Mehrarbeit und die Weckung einer neuen Arbeitseinstimmung, die eine radikale gesellschaftliche Neubewertung der körperlichen Arbeit zum Allgemeinwert unseres Volkes werden lassen muß, eine grundsätzliche Besserung der wirtschaftlichen Lage überhaupt herbeiführt werden können. Der Wille zur Arbeit war wohl bei vielen geschwächt oder auch gar nicht vorhanden, einmal aus Abneigung gegen einen nicht zureichenden Beruf und durch die Tatsache, daß der Arbeitsdienst über die kontingierten Waren hinaus nicht in Bedarfsgüter umgesetzt werden kann. Die Mehrheit aber ist trotz allem, was auch in der Vergangenheit an Leid über den Einzelnen gekommen sein möge, bereit, sich der Aufgabe, schaffendes und nützendes Glied in unserer Gemeinschaft zu sein oder mindestens zu werden aus dem Gefühl heraus, nach den Jahren unproduktiver Verdrückung der Arbeitskraft nun endlich Sinnvolles und Dauerndes zu schaffen.

Das uns heute auf Außerste bedrückende Problem liegt also nicht so sehr auf der Ebene der inneren Bereitschaft, wie beim materiellen Faktor der Ernährung, also bei der Frage, ob für den körperlich Tätigen die Möglichkeit besteht, den für die geforderte Leistung aufzuwenden Kraftverbrauch durch die entsprechenden Nahrungsmittelmengen wieder ersetzt zu bekommen. Diese Frage muß unter den jetzigen Verhältnissen mit Nein beantwortet werden. Die augenblickliche Ernährung ist auf alle Fälle kaum zureichend. Wohl kann der menschliche Körper im Gegensatz zur Maschine eine gewisse Zeit hindurch mit seinen Reserven einen Ausgleich für die ihm abverlangte Leistung leisten, aber diese körperlichen Reserven, die in der Hitlerzeit schon durch die rückstandslose Überbeanspruchung der menschlichen Arbeitskraft sich dem Ende zuneigten, sind nun verbraucht. Man sieht es den abgemagerten und abgemagerten Gestalten der Menschen auf der Straße an, es gibt aber auch objektive Anzeichen dafür. Die Erkrankungsstatistiken in Nordbaden, wo die Krankenzahlen nun durchschnittlich einen Krankenstand von 84 Prozent anstelle eines normalen von 2 bis 3 v. H. zeigen, reden für alle eine deutliche und erschütternde Sprache.

Die in allen Teilen unserer Bevölkerung feststehende Minderernährung, die Bauernschaft und einige andere Sparten ausgenommen, wirkt sich allgemein wirtschaftlich gesehen besonders nachteilig aus. Dies gilt für alle Arbeiterkategorien, auch für jene, die eine Ernährungszulage bekommen, die ihnen ja nur deshalb gewährt ist, damit sie ihre besonders wertvolle Arbeitsleistung auch durchhalten können. Denn mit der Verminderung bei den Normalverbraucherarten sind auch die Menschen, die auf die Ernährungszulagen gewährt wurden, ebenfalls gekürzt worden, während die Sonderzuweisungen an die Werkstätten eine ständige Verminderung erfahren. Die Minderernährung ist demnach bei allen Arbeiterschichten mit Ausnahme vielleicht bei denen, die einen starken Rückhalt auf dem Lande haben, fortschreitend von einer der wertvollsten Aktivitäten zum Aufbau der Leistungskraft unserer Arbeiter, in einem gefährlichen Umfang ausgeübt mit der verhängnisvollen Folge einer wesentlichen reduzierten Arbeitsleistung. Selbst im Leistungslohn sind Verminderungen um 50 Prozent keine Seltenheit. In einem Einzelfall berichtet eine Firma, daß ihre Holzfäller, die noch im letzten Jahr zwei Ster pro Mann fällten, zur Zeit im gleichen Zeitraum nur noch auf drei Viertel Ster pro Mann kommen. Hier handelt es sich tatsächlich um das Absinken der menschlichen Leistungsfähigkeit aus rein physischen Gründen trotz des auf jedem liegenden Zwanges, einen für den Familienunterhalt ausreichenden Lohn am Ende der Arbeitswoche zu erhalten. Die arbeitende Bevölkerung hat ihre Ersparnisse zum großen Teil aufgebraucht, verfügt nicht über einen Kaufvermögen, der auf dem schwarzen Markt in Erscheinung tritt und das mühsam aufrecht erhaltene Preisgebilde torpediert.

Eine weitere Folge wird eine Verminderung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 40 Stunden sein, die naturgemäß eine entsprechende Lohnherabsetzung herbeiführen wird, da die Betriebe einen entsprechenden Lohnausgleich für die reduzierte Wochenarbeitszeit unter diesen Leistungsbedingungen kaum auf die Dauer und in allen Fällen gewähren können. Kann es unser Wirtschaftsleben ertragen, wenn die Betriebe in ihrer Leistungsfähigkeit auch nur um einen Bruchteil absinken? So viele Fragen, so viele Gefahrenmomente für unsere politische und wirtschaftliche Entwicklung in einem Augenblick, wo die politischen Voraussetzungen geschaffen werden sollen, unser schwach pulsierendes Wirtschaftsleben zur Volkswirtschaft wieder emporzuwecken.

Wenn wir vor allen Dingen vom Arbeiter sprechen, so nicht deshalb, weil wir die Not der anderen Berufe, insbesondere der entzungsvollen Tätigkeit unserer Hausfrauen, nicht würdigen wollten, sondern deshalb, weil alle Anspannungen rein theoretisch bleiben müssen, wenn der Arbeiter, Schlüssel und Hauptfaktor unserer aufbauenden Wirtschaft, aus Mangel an zureichender Ernährung in seiner physischen Kraft trotz allen guten Willens erlahmen müßte. Es entspricht also durchaus der wirtschaftlichen Vernunft und der sozialen Gerechtigkeit, wenn wir gerade ihnen eine besondere Verpflegung zubilligen, damit sie in ihrer Arbeitszeit die für alle notwendige Leistung im Interesse der Gesamtheit vollbringen können.

Im Rahmen der für die Gesamtbevölkerung anzunehmenden Besserung der Brotversorgung wird das Hauptaugenmerk auf eine Verbreiterung der Basis der Vollzuckererzeugung, auf eine wesentliche Erhöhung ihrer Kalorienmenge und stärkere

Aus dem Gewerkschaftsleben

Zusammenarbeit mit deutschen Gewerkschaften

München, 17. Juli (DANA). Für internationale Zusammenarbeit mit Deutschland und Österreich setzte sich der Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften, Irvin Brown, in einem Vortrag über Struktur und Ziele der Arbeiterbewegung in den USA vor Vertretern der bayerischen Gewerkschaften, der Regierung und der Wirtschaft.

Der Aufbau der amerikanischen Gewerkschaften entspricht nach Irvin Browns Ausführungen in seiner föderalen Art dem Bundesstaatsbau der USA. In ihrer Zielsetzung verfolgen sie die Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Probleme wie z. B. die Hebung des Lebensstandards der amerikanischen Arbeiter. Nicht eine entfernt liegende Zentrale vertritt die Interessen der Arbeiter eines Betriebes, sondern die mit den örtlichen Verhältnissen bis auf kleinste vertraute örtliche Arbeitervertretung des gleichen Betriebes.

Vertreter mehrerer Arbeiter werden, wie Irvin Brown erklärte, erst nach Beendigung der Bewerber durch die Arbeitgebervertretung des Betriebes abgeschlossen, ohne daß die Zentralen die Interessen der Arbeiter beeinflussen könnten. Das Streikrecht ist unbeschränkt. Es wird nur dann Gebrauch gemacht, wenn es einem guten Zweck dient.

„Wir sind nicht dem Isolationismus verfallen“, sagte Irvin Brown, „und verfolgen keine reaktionären Tendenzen. Wir sind vielmehr für eine internationale Zusammenarbeit mit Deutschland und Österreich. Deshalb tun wir alles, um diesen beiden Ländern beim Wiederaufbau ihrer Gewerkschaften mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.“ „Ich glaube“, so schloß der Vertreter der amerikanischen Gewerkschaften, „daß der Tag nahe ist, wo sich die Gewerkschaften der Vereinigten Staaten und die amerikanische Volkswirtschaft mit deutschen Sozialdemokraten und Gewerkschaften zu freundschaftlichen Dankensbeziehungen eines Reiches werden.“

In der sich anschließenden Diskussion wird der Vorsitzende der Münchener Gewerkschaften, Gustav Schieffeler, auf die Schwierigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Aufbau der deutschen Gewerkschaften bestehen, und auf die amerikanischen Gewerkschaften, um ihre Unterstützung. Mängel im Tarifwesen müssen beseitigt werden, wie Gustav Schieffeler sagte. Der Lebensstandard des deutschen Arbeiters muß erheblich gehoben werden und die Freie müssen gestoppt werden. Außerdem muß dem deutschen Arbeiter der gleiche Rechtsschutz zugestanden werden. Verschiedene Sprecher setzten sich für die Einführung der 40-Stunden-Woche auf Grund der schlechten Ernährungslage in Deutschland ein. Eine Forderung der amerikanischen Gewerkschaften ist, daß ihre deutschen Kollegen sollte Irvin Brown in Aussicht.

Sonderzuweisungen an die Werkstätten zu legen sein, damit der deutsche Arbeiter wieder Leistungen vollbringen kann, die für seine Familie und für Europa nicht ohne Bedeutung sind.

Da die Ernährung zum politischen Faktor ersten Ranges geworden ist, beanspruchen auch andere in diesem Sektor in Erscheinung tretende betriebliche Vorkämpfer schärfste Beachtung. Wir meinen damit den ganzen Komplex des schwarzen Marktes und die illegalen Tauschhandels. Gerade diejenigen, die sich heute von der Arbeit drücken und über nicht unerhebliche Mittel und Beziehungen aus der Vergangenheit verfügen, benutzen ihre Muse zu ausgiebigen Hamsterfahrten und verschaffen sich auf Kosten der Allgemeinheit unbillige Ernährungsvorteile. Gesetz und Moral werden dabei ebenso leicht in den Wind geschlagen wie die Rücksicht auf die Interessen des Gemeinwohls, und es ist nicht das Gebiet der Ernährung allein, auf dem sich das Treiben der Unmoral breitet macht. Es wird also auch in diesem Bereich gereinigt und restabiert werden müssen, wenn die guten Ansätze zur neuen Staatsgestaltung, die Freude an der verantwortlichen Mitarbeit und das Vertrauen in die Qualität unserer Demokratie und in das, was ihr eigentliches Wesen ausmacht, in die Gerechtigkeit, nicht unheilbaren Schaden leiden soll bei denen, die guten Willens sind. Und dies ist unsere Hoffnung und unsere Gewähr, daß auch das schwierige Werk der Umwandlung unserer Menschen, daß sie neben ihrem Ich auch den ihnen anvertrauten Nächsten sehen, gelingen möge, allerdings nicht allein durch Strafandrohung und durch Polizei, sondern durch das Beispiel der unermüdlich und wirklich tätigen Millionen, die sich in allen Schichten und Sparten unablässig Mühe geben, den schweren Anforderungen der Gegenwart gerecht zu werden.

Gauléiter von Danzig, Albert Forster, in einem Gefangenlager aufgefunden.

Tochter von Bock verhaftet
Starnberg, 17. Juli (DANA). Die 25jährige Tochter des früheren Generalfeldmarschalls von Bock, Tamara von Bock, wurde verhaftet. Sie war aus dem Lager Buchenwald, in dem sie von der sowjetischen Besatzungsmacht interniert worden war, mit gefälschten Dokumenten entflohen. Im Landkreis Starnberg hatte sie sich unter falschem Namen anmelde, wurde jedoch von Beamten des amerik. Sicherheitsdienstes auffindig gemacht. Tamara von Bock wird unter der Anklage der Urkundenfälschung vor ein Militärgericht gestellt werden.

Sühne für Lidice
Prag, 17. Juli (DANA). Ein Verfahren vor dem ehemaligen Leiter der Gestapo in Klado, Heinrich Wisniewski, wurde am Montag in Klado, Hauptort der Hauptverantwortlichen für das Gemetzel von Lidice betraucht, das im Juni 1942 als Repressalie für die Ermordung des ehemaligen Reichsrepräsentators Heydrich befohlen wurde.

CDU Söllingen und politisch Verfolgte
Der Generalsekretär der CDU, Landesverband Baden, Anton Schwan, sendet uns folgende Zuschrift:
„Der Angriff, den die Kreisstelle Karlsruhe des Bundes ehemals politisch Verfolgte in Nr. 55 der BNN gegen die CDU richtete, ist nicht der erste in dieser Sache. Fünf Tage zuvor hatte bereits die Mannheimer Tageszeitung „Der Morgen“ in einem Artikel „Dummheit oder...?“ auf die Vorkänge in Söllingen abgehoben. Die Feststellungen, die daraufhin die CDU sofort vornahm, ergaben, daß Satz für Satz des Artikels die Tatsachen unerbötlich verzeihlich sind. In der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Wir liegen denn in Wirklichkeit die Dinge? Dabei wollen wir es uns verhehlen, auf die feilheitsintellektuellen ausgefallenen Partien der beiden Artikel einzugehen, und nur den Kern der Vorwürfe ins Auge fassen. Es wird behauptet:
1. Die Gemeinderäte der CDU in Söllingen haben nicht das geringste Verständnis für die Pflicht der Söllinger, in der Verleumdung des Mannheimer Artikels mit dem Artikel aus Karlsruhe ist nun ein Artikel mit dem Titel „Söllingen“ erschienen, der sich nicht nur mit dem Inhalt des Mannheimer Artikels auseinandersetzt, sondern auch die räumlichen Entfernungen sich auch von der Wahrheit entfernen zu können. Es zeigt sich weiter, daß der „Fall Söllingen“ offenbar als Schulfall aufgezogen und weiterverbreitet werden soll. Wir würden uns nicht wundern, wenn die Angelegenheit die Runde durch die ganze „neutrale“ deutsche Presse machen würde.“

Mißbrauch amerik. Feldpost wird bestraft

Frankfurt, 17. Juli (DANA). Das Hauptquartier der amerik. Armee gab bekannt, daß amerik. Soldaten und Zivilisten, die deutschen Personen ihre Feldpostnummern für unerlaubten Briefwechsel zur Verfügung stellen, vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

In dem scharf abgefaßten Befehl wurde hervorgehoben, daß durch einen solchen Mißbrauch der Feldpost jegliche Kontrolle in Frage gestellt würde. Eine Zensur der deutschen Post sei jedoch zur Durchführung einer gründlichen Besatzungspolitik immer noch notwendig.

Raffinierte Deutsche, welche die Bereitwilligkeit ihnen freudlich gezeigter Amerikaner verstanden, erhielten Briefe und Nachrichten aus dem Ausland über die Feldpostnummern eines in der Nähe wohnenden Soldaten. Sogar Lebensmittel und Bekleidung gelangten auf diesem Wege in die Hände der Deutschen, um dann allerdings zum größten Teil auf dem schwarzen Markt zu landen.

Amerik. Zivilangestellte und Soldaten, die einem solchen Mißbrauch der Feldpost Vorschub leisteten, werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Derjenige, zu dessen Zwecken der Mißbrauch stattfand, wird sich vor einem Militärgericht zu verantworten haben.

Was tut uns heute mehr als Einheits? Wenn des Nötigen und Sorgen, denen sich das deutsche Volk in kommenden Jahren gegenübergestellt sehen wird, man sich auf Erfolg eingestimmt werden muß, dann ist dies diejenige Aufgabe, die wir uns stellen müssen. Man soll sich jedoch nicht falsch verstehen, verkommen keineswegs darüber die Not insbesondere der arbeitenden Schichten unseres Volkes. Aber, und das ist die Hauptsache, die sich dem deutschen Volk stellt, ist nicht die soziale Frage, sondern die Frage der Verantwortung, die sich aus dieser Verantwortung ergibt, was wohl bewiesen ist, daß die Arbeiterschaft Schindluder treiben und mit mehr oder weniger ethischen Mitteln eine Einheit propagieren, die keine Einheit ist. Die von der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion propagierte Einheit ist eine Einheit, die wir in den Jahren 1933-45 nicht haben. Nach einer solchen „Einheit“

